

Badische Zeitung – 26.08.2015

Verzögerter Armutsbericht sorgt für Unmut

Initiativen fordern Information.

STUTTGART (dpa). Die verzögerte Publikation des Armuts- und Reichtumsberichts hat die Landesarmutskonferenz (LAK) auf den Plan gerufen. "Wir hatten eigentlich gehofft, dass Ministerin Katrin Altpeter den Bericht Ende Juli vorstellt", sagte der Sprecher der Zusammenschlusses von Menschen in prekären Lebenslagen und deren Initiativen, Roland Saurer. Dies sei aber bei dem nicht-öffentlichen Treffen zwischen Altpeter (SPD) und den Mitgliedern eines Beirates aus Vertretern von Kirchen, Wohlfahrts-, Sozialverbänden und der LAK am 27. Juli wider Erwarten nicht geschehen.

Das Ministerium hatte die Veröffentlichung des ersten Armuts- und Reichtumsberichts für Baden-Württemberg zunächst vor der Sommerpause angekündigt. Das Ressort begründete die Verzögerung mit umfangreichen Rückmeldungen des Beirates, die noch im Bericht berücksichtigt werden müssten. "Wir wollen einen guten Bericht vorlegen, deshalb geht Qualität vor Schnelligkeit", sagte eine Sprecherin von Altpeter.

Vermutlich gebe es Abstimmungsprobleme zwischen Sozial- und Finanzministerium wegen der finanziellen Folgen des Berichts für die Armutsbekämpfung, mutmaßt jedoch Saurer. Nach seine Schätzungen müssen als Konsequenz der Analyse für Projekte der Teilhabe und Bildung jährlich vier bis sechs Millionen Euro ausgegeben werden.

Die bisher durchgesickerten Zahlen seien so "hammerhart" wie in anderen Bundesländern, so Saurer. Demnach seien 14,7 Prozent (Stand 2012) der Baden-Württemberger armutsgefährdet; das heißt, sie haben weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung pro Ein-Personen-Haushalt zur Verfügung. Das entspricht maximal 953 Euro monatlich für Singles; bei einer Familie mit zwei Kindern wären es 2000 Euro. "Für ein reiches Bundesland wie Baden-Württemberg sind dies erschreckende Zahlen", sagte Saurer mit Blick auf 1,6 Millionen armutsgefährdeter Menschen zwischen Main und Bodensee. Im Bund belaufe sich die Armutsgefährdungsquote auf 15,2 Prozent. Saurer warnte davor, dass wie beim vierten Armutsbericht des Bundes Aussagen korrigiert würden. Auch eine Entschärfung durch politische Parteien, Kommunen oder Wirtschaftsverbände dürfe es nicht geben.